

Religionsfreiheit – Ein Menschenrecht

Christlich handeln –
Religiöse Minderheiten schützen



© Ismael Martínez Sánchez/Kirche in Not

Den Glauben frei leben

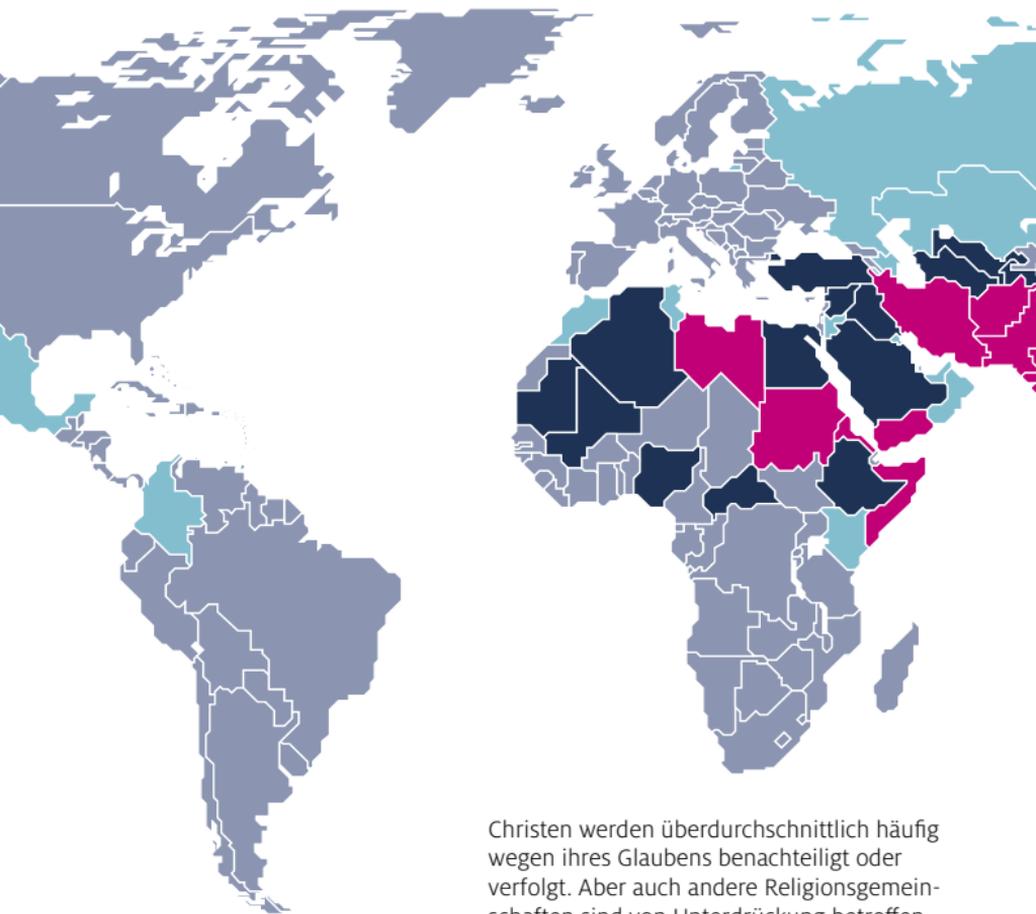
Die Religionsfreiheit ist ein grundlegendes Menschenrecht. Denn der Glaube ist für viele Menschen sinnstiftend. Dort, wo Religionsfreiheit herrscht, werden meist auch andere Menschenrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Versammlungsfreiheit geachtet.

Menschen haben nicht nur ein Recht darauf, ihren Glauben frei leben und öffentlich bekennen zu können. Sie haben auch ein Recht darauf, ihn zu wechseln oder sich zu keiner Religion zu bekennen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen garantiert diese Freiheit jedem Menschen. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Die Zahl derer, die weltweit aufgrund ihrer Religion verfolgt werden, steigt.



Christenverfolgung weltweit

Von Verfolgung und Unterdrückung bedroht sind vorwiegend Angehörige von Religionsgemeinschaften, die in ihrer Heimat als Minderheit leben – neben Christen und Muslimen auch Bahá'í und Jesiden, tibetische Buddhisten, Juden oder Aleviten. Christen sind weltweit gesehen mit einem Anteil von knapp über 30 Prozent aller Gläubigen die zahlenmäßig größte Religionsgemeinschaft. Zugleich werden Christen auch überdurchschnittlich häufig benachteiligt oder verfolgt. Schätzungen zufolge sind etwa 100 Millionen Gläubige betroffen.



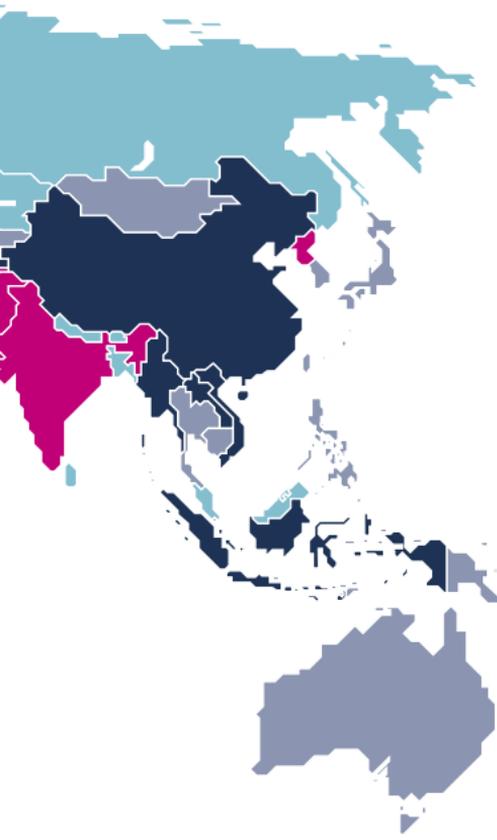
Christen werden überdurchschnittlich häufig wegen ihres Glaubens benachteiligt oder verfolgt. Aber auch andere Religionsgemeinschaften sind von Unterdrückung betroffen.



Stephanuskreis

Das besondere Engagement der Unionsfraktion für verfolgte Christen zeigt sich in der Arbeit des Stephanuskreises, der sich 2010 gründete. Die nach dem ersten christlichen Märtyrer benannte Gruppe stellt religiöse Toleranz, den Schutz verfolgter Christen und die Religionsfreiheit ins Zentrum ihrer Arbeit.

Der Stephanuskreis bietet Betroffenen ein Forum, in dem sie aus ihrem oftmals bedrängten Leben oder von ihrer Verfolgung berichten können. Darüber hinaus können Nichtregierungsorganisationen und Hilfswerke ihre Arbeit vorstellen, unabhängige Experten werden zu Rate gezogen. Die daraus entstehenden Initiativen fließen in die parlamentarische Arbeit der Fraktion ein.



**Weltverfolgungsindex 2019 –
Wo Christen am stärksten verfolgt
werden:**

- | | |
|---------------------------------------|--|
| 1. Nordkorea | 28. Äthiopien |
| 2. Afghanistan | 29. Tadschikistan |
| 3. Somalia | 30. Indonesien |
| 4. Libyen | 31. Jordanien |
| 5. Pakistan | 32. Nepal |
| 6. Sudan | 33. Bhutan |
| 7. Eritrea | 34. Kasachstan |
| 8. Jemen | 35. Marokko |
| 9. Iran | 36. Brunei |
| 10. Indien | 37. Tunesien |
| 11. Syrien | 38. Katar |
| 12. Nigeria | 39. Mexiko |
| 13. Irak | 40. Kenia |
| 14. Malediven | 41. Russische
Föderation |
| 15. Saudi-Arabien | 42. Malaysia |
| 16. Ägypten | 43. Kuwait |
| 17. Usbekistan | 44. Oman |
| 18. Myanmar | 45. Vereinigte
Arabische
Emirate |
| 19. Laos | 46. Sri Lanka |
| 20. Vietnam | 47. Kolumbien |
| 21. Zentralafrika-
nische Republik | 48. Bangladesch |
| 22. Algerien | 49. Palästinenser-
gebiete |
| 23. Turkmenistan | 50. Aserbaidschan |
| 24. Mali | |
| 25. Mauretanien | |
| 26. Türkei | |
| 27. China | |

Quelle: www.opendoors.de

Das „C“ ist Programm

Die Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beruht auf dem christlichen Menschenbild. Das „C“ im Namen verpflichtet die Fraktion zum Einsatz für Religionsfreiheit. Auf ihre Initiative hin nahm der Bundestag 2018 einen Antrag der Koalition mit dem Titel „Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken“ an. Schon 2010 hatte sie eine entsprechende Initiative in den Bundestag eingebracht.

2016 legte die Bundesregierung auf Antrag der Unionsfraktion erstmals einen eigenen Bericht zur Religionsfreiheit weltweit vor. Neue Lageberichte werden alle zwei Jahre erstellt. In der laufenden Legislaturperiode wurde das Amt des Regierungsbeauftragten für weltweite Religionsfreiheit geschaffen.



Auf Einladung der CDU/CSU-Fraktion fand 2016 im Bundestag eine internationale Konferenz zur Religionsfreiheit statt.

Internationales Engagement

Die Unionsfraktion unterstützt die Arbeit des UN-Sonderberichterstatters für Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Sie setzt sich bei der EU-Kommission dafür ein, dass es weiterhin einen EU-Sonderbeauftragten für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union geben wird.

Die Unionsfraktion führt regelmäßig Gespräche über Glaubensfreiheit bei ihren Kontakten mit ausländischen Regierungen, Parteien oder Organisationen. Sie unterstützt Projekte zum Schutz von religiösen Minderheiten und zur Förderung der Religionsfreiheit. Übergriffe gegen Gläubige bringt sie öffentlich zur Sprache, um Tätern und Opfern zu zeigen, dass die Welt nicht wegschaut.

Auf Initiative der Unionsfraktion fand im September 2015 in New York erstmals eine internationale Konferenz statt, auf der mehr als 100 Parlamentarier aus 45 Staaten und allen Weltreligionen für einen besseren Schutz der Glaubensfreiheit eintraten. Ein Jahr später traf man sich in Berlin, um die Bemühungen zu intensivieren. Die nächste Konferenz findet im Spätherbst 2019 in Singapur statt.

Wir setzen uns ein für Religionsfreiheit weltweit, sprechen Sie uns an!



Hermann Gröhe
Stellvertretender
Vorsitzender
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag



Heribert Hirte
Vorsitzender
des Stephanuskreises
in der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag



Volker Kauder
in der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
zuständig für Wertethemen,
Religionsfreiheit und den
Einsatz gegen Christen-
verfolgung

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer
Stefan Müller
Parlamentarische Geschäftsführer

Bundestagsdrucksachen

19/5041 Antrag „Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken“
18/8740 Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit

Gestaltung

adlerschmidt kommunikationsdesign gmbh, Berlin

Layout

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Druckerei Paffenholz GmbH, Bornheim

Bildnachweis

Ismael Martinez Sanchez/Kirche in Not (Titelfoto), Michael Kappeler/dpa,
Tobias Koch, Laurence Chaperon

Stand

Oktober 2019

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.